

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis durch die Post  
1,20 M. vierteljährlich

# Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt  
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro  
3gepaltene Petitzeile

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 :. 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b :. Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 23. September 1910

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Gegen Fleischzoll und Fleischwucher. — Die militärpflichtigen Kollegen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Befestigung des Zentralvorstandes. — Wäheschau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Verammlungsstatistik. — Anzeigen.

Für die Woche vom 25. September bis 1. Oktober ist der 30. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Delmenhorst.** Wegen Streit in der Wagenfabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

**Wörlitz.** Der Streit bei der Firma Julius Arnade-Rohs dauert unverändert fort.

**Heterfen.** Der Streit in der Reifeseifenfabrik Könnfeld & Co. und in der Wulfschen Lederwarenfabrik dauert unverändert fort.

**Hannover.** Die Offiziersattler stehen in einer Tarifbewegung.

Wegen der Aussperrung der Werkarbeiter sind alle Werkstätte streng zu meiden, da auch eine Anzahl unserer Kollegen durch die Aussperrung betroffen wurde.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Brünn.** Die Treibriemenattler der Firma Schmal stehen in einem Abwehrstreik.

Von allen oben genannten Orten ist der Bezug streng fernzuhalten.

## Gegen Fleischzoll und Fleischwucher.

Die Fleischpreise jähneln immer höher hinauf. Die Ernährung des deutschen Volkes ist durch die erkünstelte Anfrichtung der Zollschranken in höchstem Maße bedroht. Die Regierung aber, die sonst so forsch und energisch sein kann, wenn es sich um Maßnahmen gegen die Arbeiterchaft handelt, sie unternimmt nichts, um diesem Uebelstande abzuwehren, auch nicht den Versuch, ihn wenigstens zu steuern.

Weiß die Regierung nichts von einer Fleischnot? — Wenn es nicht schon zu unzähligen Malen von den Arbeitervertretern in den Parlamenten ausgesprochen worden wäre, in welcher verheerender Weise die neuen Zollgesetze auf das Haushaltsbudget der Arbeiterfamilien wirkt, so müßte man es annehmen. Des Mitleids Lösung liegt in der politischen Macht und dem Einfluß unserer Junker und Großagrarien. Die Minister

fürchten das Stürmgen der Herren vom Bund der Landwirte wie ein drohendes Gewitter, von dem sie fürchten, hinweggefegt zu werden.

Am Schluß der Zollberatung im Deutschen Reichstag, nachdem die volksfeindliche Agitation der agrarischen Junker und ihrer Helfersbelfer von Erfolg gekrönt und das horrenden Zollgesetz angenommen worden war, beidnete der Reichskanzler dies als rettende Tat, zum Heil des Vaterlandes.

Wie sieht man diese rettende Tat aus? Nach einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ ergaben die Zulipreise auf dem Kindermarkt pro Doppelzentner:

Jahr	Berlin	Hamburg	München
1901	115,75	123,60	—
1902	120,—	127,26	128,—
1903	132,25	130,38	138,—
1904	131,50	130,38	139,60
1905	137,60	131,64	148,50
1906	147,50	145,52	152,50
1907	144,75	150,76	162,—
1908	136,75	142,50	141,—
1909	130,40	135,90	147,40
1910	134,40	155,25	159,—

Die Preise sind demnach im vergangenen Jahrzehnt um 39 Mk. pro Doppelzentner Lebendgewicht gestiegen. Für jedes Pfund macht das 20 Pf. Die anderen Fleischsorten sind ebenfalls immer höher gestiegen und im weiteren Steigen begriffen.

Die amtliche Korrespondenz des kgl. Statistischen Landesamtes in Berlin bringt in ihrer Nr. 31 vom 20. August 1910 eine Uebersicht über die häufigsten Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochendurchschnitt von 50 Marktorten in der ersten Hälfte des Monats August 1910. Im Durchschnitt ergibt sich danach folgende Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres und der ersten und zweiten Julihälfte dieses Jahres:

		Rindfleisch.	
1. Hälfte	August 1909:	155,9 Pf. für 1 Kilogramm	
1.	Juli 1910:	159,6	1
2.	Juli 1910:	160,4	1
1.	August 1910:	163,1	1

		Kalbfleisch.	
1. Hälfte	August 1909:	178,6 Pf. für 1 Kilogramm	
1.	Juli 1910:	178,8	1
2.	Juli 1910:	181,0	1
1.	August 1910:	183,9	1

		Schweinefleisch.	
1. Hälfte	August 1909:	169,6 Pf. für 1 Kilogramm	
1.	Juli 1910:	173,7	1
2.	Juli 1910:	178,2	1
1.	August 1910:	174,3	1

		Schweinefleisch.	
1. Hälfte	August 1909:	162,1 Pf. für 1 Kilogramm	
1.	Juli 1910:	159,0	1
2.	Juli 1910:	160,4	1
1.	August 1910:	162,1	1

		Kostfleisch.	
1. Hälfte	August 1909:	73,9 Pf. für 1 Kilogramm	
1.	Juli 1910:	75,0	1
2.	Juli 1910:	75,4	1
1.	August 1910:	75,8	1

Das Pferdefleisch ist sogar im Preise gestiegen, da notgedrungen die Nachfrage ständig wächst. Die unerhörte Fleischnot zwingt die Massen immer mehr, sich dem Genuß von Pferde- und selbst Hundefleisch zuzuwenden. Im Jahre 1909 sind in Deutschland 151 357 Pferde geschlachtet worden, gegen 136 273 im Jahre 1908. Auf dem Schlachthofe in Nieja haben die Pferdegeschlachten eine derartige Steigerung erfahren, daß sich eine Erweiterung des Pferde-schlachthofes notwendig macht. Im Jahre 1896 wurden 70 Pferde geschlachtet, im Jahre 1909 dagegen 300. Die durch die Zollwunderpolitik verurteilte künstliche Verteuerung der Lebenshaltung ist die Ursache des rapid steigenden Pferdefleischkonsums.

Die Zahl der Hundeschlachten ist ebenfalls im Zeitraum 1908 und 1909 gestiegen von 6138 auf 6990 Stück. Die meisten Hunde wurden verzehrt in Sachsen 4062, Schlesien 1522, Bayern 421, Anhalt 364. Damit ist natürlich die Zahl der Hunde, die verzehrt worden sind, keineswegs erschöpft, denn es handelt sich nur um die Hunde, an denen die amtliche Fleischbeschau vorgenommen wurde. Man weiß aber, daß sehr viele Hunde geschlachtet werden, ohne daß der Fleischbeschaue etwas davon erfährt.

Drahtischer kann die Fleischnot nicht bemessen werden als durch die bedeutende Zunahme der Pferde- und Hundeschlachten. Unter der herrschenden Fleischnot leidet die industrielle und besonders die großstädtische Arbeiterbevölkerung in höchsten Maße. Sie ist nicht in der Lage, durch einen plötzlichen Wechsel in der Ernährungsweise einen Druck auf die Fleischpreise auszuüben. Die Intensität, mit der der Industriearbeiter seine gesundheitsaufreibenden Arbeiten verrichten muß, zwingt ihn zur Fleisch-nahrung. Trotzdem der deutsche Arbeiter in Punkte Quantum des Fleischkonsums besonders dem englischen und dem amerikanischen Arbeiter bedeutend zurücksteht. Die teuren Fleischpreise, durch die er dem Junkertum seinen Tribut zahlen muß, hindern ihn, den englischen und amerikanischen Arbeitern nachzutun.

Stellt man nach den Angaben in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches die deutschen Schlachtgewichtspreise mit den englischen Fleischgewichtspreisen im ersten Quartal dieses Jahres zusammen, so erhält man folgendes Resultat:

	Berlin 1 Doppelzentner Markt	London
Rindfleisch (bestes)	149,5	119,5
Rindfleisch (billigstes)	99,3	67,4
Schweinefleisch I. Qualität	138,9	139,6
Schweinefleisch II. Qualität	133,4	128,9
Kalbfleisch I. Qualität	208,8	148,7
Kalbfleisch II. Qualität	158,3	134,8
Hammelfleisch I. Qualität	119,—	65,5

Da die Schlachtgewichtspreise um 30 bis 40 Proz. niedriger sind als die Fleischpreise, so ist das Verhältnis für Deutschland noch viel ungünstiger, als in den vorstehenden Zahlen in

die Erstbeimung tritt. Der deutsche Konjunktur muß für sein Aufstehen tief, tief in den Säckel greifen, vielmehr: die Fleischhändler greifen tief, sehr tief in seinen Säckel hinein, und sie entziehen sich dabei über die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Als Ende der 70er Jahre waren unsere Junker die extremsten Freihändler. Deutschland führte damals noch reichlich agrarische Erzeugnisse nach anderen Ländern aus. Das Aufwachen der Industrie brachte einen Umschwung in die Verhältnisse. Verbesserungen im Transportwesen und die Urbarmachung weiter Bodenflächen in anderen Ländern brachten die Möglichkeit, billigere Lebensmittel in Deutschland einzuführen. Von da ab wurden die Agrarier Schutzzöllner, um sich die ausländische Konkurrenz vom Hals zu halten. Es begann der Pratz- und Fleischhändler. Durch eine fein ausgeklügelte Kombination von Zöllen und Grenzsperren gelang es ihnen, den deutschen Lebensmittelverbraufern die Kreise zu diktieren. Für Schlachtvieh, das seit 1870 zollfrei eingeführt werden konnte, wurden im Zolltarif vom Jahre 1879 folgende Sätze festgelegt: Ochsen Stück 20 Mk., Stiere und Kühe 6 Mk., Kälber 2 Mk., Schweine 2½ Mk., Schafe 1 Mk. Der gewünschte Erfolg blieb aus. Im Jahre 1882 wurden trotz der Zölle eingeführt: 59 786 Pferde, 70 122 Stück Rindvieh, 59 958 Stück Jungvieh und Kälber, 1 272 816 Schweine und Spauferkel und 177 256 Schafe, Lämmer und Ziegen. Die Ausfuhr stellte sich auf 17 983 Pferde, 115 692 Stück Rindvieh, 104 612 Stück Jungvieh und Kälber, 467 949 Schweine und Spauferkel und 1 258 144 Schafe usw. Bei Schweinen überwoog die Einfuhr die Ausfuhr ganz gewaltig. Die Agrarier murrt! Ihr Zollappetit war gereizt, und schon im Jahre 1885 wurden auf ihr Betreiben die Zölle erhöht, und zwar für Ochsen auf 30 Mk., für Stiere und Kühe auf 9 Mk., für Kälber auf 3 Mk. und für Schweine auf 6 Mk. Im Jahre 1883 hatte man sich darauf beschränkt, die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch aus Amerika zu verbieten. Mit der Zollerhöhung im Jahre 1885 verband man dann das Verbot der Einfuhr von Ziegen, Schafen und Schaffleisch aus Russland. Das System erwies sich als wohltätig für den Geldbeutel der Junker. Im Jahre 1889 erhielten sie ein neues Geschenk: das Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Russland. Nur 70 000 Stück sollten in Zukunft zur Befriedigung der deutschen Märkte in der Nähe der Grenze eingeführt werden. Wenn Gefahr für die Volksgesundheit bestand, hätte man natürlich auch das begrenzte Kontingent nicht zulassen dürfen. Die Politik des Einfuhrverbots erwies sich als Hindernis des wirtschaftlichen Aufstiegs. Schwere Erschütterungen des gewerblichen Lebens, eine langanhaltende schleichende Krise ließ die Gefährlichkeit der Schutzpolitik offenbar werden.

Es kam die Aera Caprivi; die Zölle wurden etwas ernähigt. Wilhelm II. nannte den Abschluß der Caprivischen Handelsverträge eine befreiende Tat!

Worin bestand die befreiende Tat? Der Zoll für Ochsen wurde um 4,50 Mk., der für Jungvieh und Schweine um 1 Mk. herabgesetzt. Die Junker tobten! Von Volksgesundheit usw. war dabei keine Rede. Sie reklamierten ihr Recht auf hohe Stipendien aus dem Säckel des Volkes. Aus den Reihen der Vorkriegsviehzüchter vernahm man schreckliche Drohungen. Thron und Altar sollten gestürzt werden, falls den pflichten Viebesgabenehmern die Almosen nicht wieder erhöht würden. Dem Aufrufe des Landwirts Nupprecht folgend, gründete man den Bund der Landwirte. Dieser stellte ein umfangreiches Programm agrarischer Forderungen auf und entfachte eine wilde demagogische Agitation. Und die Regierung als geschäftsführender Ausschuß der Junker zeigte sich denkfeurig. Das Vieheschneegeschäft bot ihr die Handhabe, den Krippenreitern wenigstens recht bald einige Huppen zuzuworfen. Den agrarischen Geboten gehorchend, verbot die Regierung 1893 die Einfuhr von Schafen aus Oesterreich und beschränkte die Einfuhr von Rindern dorthier. Ferner verbot sie die Einfuhr

von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Italien. Immer hermetischer verhielt sie dem ausländischen Vieh die deutsche Grenze. Schon im nächsten Jahre folgte das Verbot der Einfuhr von Rindern, Ziegen, Schafen, Schweinen aus Belgien und Holland. Und so ging es weiter. Zug um Zug schloß sich die Grenze! 1895 für Schweine aus Oesterreich, für Rindvieh aus Schweden und Dänemark, es folgte das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch aus Russland, dann wurde dem frischen Rindfleisch aus Belgien die schwarz-weiß-rote Grenze gesperrt. So ging es fort.

Der Zolltarif, von der Mehrheit des Reichstages in der Nacht zum 11. Dezember 1902 unter Bruch der Geschäftsordnung zum Gesetz erhoben, warf den Junkern neue und erweiterte Klünderrechte in den Schoß. Nach dem Zolltarif sollten die Sätze für Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen 18 Mk. pro Doppelzentner Lebendgewicht betragen. Durch die Handelsverträge sind folgende Sätze festgesetzt: Rinder 8 Mk., Schweine 9 Mk. pro Doppelzentner, danach stellt sich der Zoll auf zirka 50 Mk. für Ochsen, 40 Mk. für Stiere und Kühe und 15 Mk. für Schweine.

Dieser Zusammenstellung reihen wir die Zollsätze selbst an, wie sie sich in dem Wundertariff 1906 gegen früher gestaltet haben. Es traten damals statt der Stückzölle Gewichtszölle in Kraft. Berechnet man die Stückzölle auf das Durchschnittsgewicht, so ergibt sich: der Zoll pro Doppelzentner wurde erhöht:

- für Ochsen von 5,10 auf 8 Mk.,
- für Kühe und Bullen von 1,80 auf 8 Mk.,
- für Kälber von 0,60 auf 8 Mk.,
- für Schafe von 1,70 auf 8 Mk.,
- für Schweine von 3,30 auf 9 Mk.

Gleichzeitig wurde der Zoll für frisches Fleisch von 15 auf 35 Mk. erhöht.

Wo die Zölle keinen ausreichenden Schutz vor der Auslandskonkurrenz sicherten, da mußte ein direktes Einfuhrverbot den Mangel vorschreiben. Zeigte sich irgendwo die wirtschaftliche Möglichkeit, ausländisches Vieh nach Deutschland zu liefern, dann kamen die Junker mit unfehlbarer Sicherheit dahinter, daß in dem betreffenden Lande die in Betracht kommende Viehattung verendet sei und dauernd verendet bleibe. Die Einfuhr wurde wegen Seuchengefahr verboten. Von dorthier, wo entweder kein Vieh zur Ausfuhr vorhanden ist oder von wo wirtschaftliche Gründe die Einfuhr nicht erlauben, dürfen wir Vieh einführen. Länder, die billiger Fleisch liefern könnten, sind für verendet erklärt, ihnen bleibt die deutsche Grenze verschlossen!

Die Seuchengefahr aber ist aus den Ställen der deutschen Viehzüchter viel mehr zu befürchten. Wußten doch selbst sämtliche zur Ausstellung nach Argentinien entsandten deutschen Tiere von der südamerikanischen Veterinärpolizei vor der Ausladung zurückgewiesen werden, weil — sie alle tuberkulös verendet waren. — Es können kann das Geschrei der Junker nach sanitären Maßnahmen und Grenzsperren zum Schutze des deutschen Viehbestandes nicht widerlegt werden. In einer Ausstellung wählt man nur die bestausgestatteten Exemplare und — dieses Risiko.

Dem gemeingefährlichen Treiben des modernen Raubrittertums muß ein Ende gemacht werden. Die Grenzen auf! Das muß der einzige allgemeine Ruf der deutschen Arbeiterchaft sein. Unterstützt unsere Regierung noch weiterhin das demagogische Treiben der raffänerigen Junkersippe, so muß das unweigerlich zu einer volkswirtschaftlichen Katastrophe führen.

Der argentinische Konsul in Wien hat im Hinblick auf die herrschende Fleischnot erklärt, daß die argentinische Regierung wohl in der Lage wäre, wöchentlich eine Schiffsladung von 1500—2000 Rindern bester Qualität, wie sie in Oesterreich und Deutschland nicht schöner zu haben sein können, nach Triest zum Versand zu bringen. Der Preis für ein solches Stück Rindvieh von über 700 Kilogramm Lebendgewicht, das jetzt in Oesterreich etwa 700 bis 900 Kronen kostet, würde sich in Argentinien nicht höher als auf etwa 200 Kronen stellen.

Wenn die deutsche Regierung eine solche Einfuhr gestatten würde, so würde sich trotz aller Frucht- und Unterirdenmassen dieses Vieh frei Damburg immer noch erheblich billiger stellen als jetzt im Inlande Fleisch weit minderer Qualität.

Der Viehstand anderer Länder, wie Holland, Dänemark, Russland usw., bietet gleiche und ähnliche Vorzüge. Die Grenzen auf! Das ist die nachdrücklichste Forderung des schamlos bewunderten Volkes!

### Die militärpflichtigen Kollegen

werden in einigen Tagen aus unserer Organisation ausscheiden und in neue, ganz eigenartig gelagerte „Verhältnisse“ eintreten.

Die heute in Deutschland übliche Methode der Heftenausbildung macht es dem Einrückenden zur Pflicht, sich im eigenen Interesse über seine „Motte“ als Soldat schon vor dem Eintritt bei der Truppe zu unterrichten. Ueber die militärischen Pflichten wird ihm in ausgiebiger Weise dann Tag für Tag Instruktion erteilt, während der berühmte Wechwerweg sehr fleißig behandelt wird, weshalb einige der wichtigsten Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches erwähnt werden sollen.

Der alte Drill hinter den Kasernenmauern und auf den Mannschärfen, das fortwährende Betonen des Gehorchens, der Zwang, jeden Befehl, und sei er noch so lächerlich, überflüssig oder brutal, auszuführen, erfordert von den jungen Kollegen ein großes Maß von Ueberlegung und Intelligenz, sollen sie nicht mit den längst als kulturwidrig erkannten Bestimmungen der Militärstrafgesetze zusammenstoßen.

Dieses Zusammenstoßen wird am besten vermieden, wenn der Einrückende seine zukünftige „Arbeitsordnung“ etwas genauer ansieht. Als organisierter Arbeiter war der junge Soldat gewohnt, irgendwelche Ungerechtigkeiten im Arbeitsverhältnis durch gemeinschaftliches Vorgehen mit seinen Kollegen abzuwickeln oder, soldatisch gesprochen, „gemeinschaftlich dem Unternehmer den Gehorsam zu verweigern“.

Kein Militär hindert die Kriegskriegsartikel das gemeinschaftliche Vorgehen zur Abstellung von Ungerechtigkeiten.

Artikel 14 lautet: „Jede Aufforderung oder jeder Anreiz, gemeinschaftlich dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen oder eine Fälschung gegen ihn zu begehen, wird als Aufwiegelung aufs strengste bestraft. Verabreden sich mehrere zu gemeinschaftlicher Begehung einer solchen Tat, so liegt Meuterei vor.“

Tagegen ist den Soldaten das Koalitionsrecht zugestanden in dem Sinne, wie es unsere Schanzmacher und Grabengewaltigen so gern für die Arbeiterchaft einrücken möchten. Der „Koalitionsrechtsparagraf“ bestimmt in

Artikel 16: „Gemeinsame Beratungen von Soldaten über militärische Angelegenheiten, Einrückungen oder Befehle ohne dienstliche Genehmigung, sowie das Sammeln von Unterschriften zu einer gemeinsamen Beschwerde sind mit der Wannezucht nicht vereinbar und werden bestraft. Schwere Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Mißverträgen in Beziehungen auf den Dienst unter seinen Kameraden zu erregen.“

Gemeinsames Vorgehen der Soldaten zur Wahrung ihrer Rechte wird also bestraft; sie werden auf den Wechwerweg verwiesen, der nie gestattet, daß jeder Soldat für sich allein die Beschwerde vorbringt.

Wird der Soldat von dem Vorgesetzten mit Anbrohung nachteiliger Folgen von dem Führen oder Verfolgen der Beschwerde abgehalten, so kann der Vorgesetzte mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft und zugleich auf Dienstentlassung erkannt werden. (§ 117 des Militärstrafgesetzbuches.)

Wer einen Untergebenen beleidigt oder vorchriftswidrig behandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft. Bei verleumbischer Beleidigung tritt Gefängnis bis zu fünf Jahren ein. (§ 121, Militärstrafgesetzbuch.)

Wer vorsätzlich einen Untergebenen schlägt oder körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit schädigt, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft; in minder schweren Fällen mit einer Woche Arrest. Im Wiederholungsfall kann auch zugleich auf Dienstentlassung oder Degradation erkannt werden (§ 122 des Militärstrafgesetzbuches). Ebenso wird der Vorgesetzte bestraft, wenn er sich vom Untergebenen Geschenke fordert, von ihm ohne Vorwissen des gemeinschaftlichen Vorgesetzten Geld borgt oder Geschenke annimmt.

Sollte ein Kollege vorschriftswidrig behandelt werden, gebietet schon die Rücksicht auf seine Selbstachtung und die Gesundheit, von dem Recht der Beschwerde Gebrauch zu machen. Die Bestimmungen über den Wechwerweg lauten:



§ 1. „Jedem Soldaten, der glaubt, daß ihm durch unwürdige Behandlung, durch Vorenthaltung von Gehaltszinsen oder aus einem anderen Grunde von Vorgesetzten oder Kameraden Unrecht zugefügt sei, ist es gestattet, sich zu beschweren.“

§ 2. „Jede Beschwerde ist dem Kompaniechef oder seinem Stellvertreter unmittelbar und mündlich vorzutragen.“

§ 3. „Der Soldat darf seine Beschwerde nicht sofort, sondern erst am folgenden Tage anbringen. Richtet sich die Beschwerde gegen eine Disziplinarstrafe, so darf sich der Bestraftete erst nach Verbüßung der Strafe beschweren. Jede Beschwerde muß innerhalb fünf Tagen angebracht sein.“

§ 4. „Mehrere Soldaten sollen zusammen keine Beschwerde anbringen, sondern jeder für sich allein.“

§ 5. „Leichtfertige oder wider besseres Wissen auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerden werden streng bestraft.“

§ 6. „Die Anrufung höherer Entscheidung innerhalb fünf Tagen ist statthaft.“

Es braucht sich also auch beim Militär kein Kollege wie ein Hund behandeln zu lassen. Die Bestimmung, daß eine Beschwerde nicht sofort, sondern erst am nächsten Tage anzubringen sei, hat oft zur Folge, daß die Leute beeinträchtigt werden, die Beschwerde nicht anzubringen. Mannhaft ist das Unterlassen der Beschwerde nicht. Wir sind stolz, unsere jungen Kollegen zur Mannhaftigkeit erziehen zu haben. Diese Mannhaftigkeit muß aber auch beim Militär zur Geltung kommen dadurch, daß jede vorchriftswidrige Behandlung zur Meldung gebracht wird und sich niemand vom Bescheiden des Beschwerdeweges abbringen läßt. Dadurch hält man sich von vorüberlein Soldatenschilder vom Leibe und verschafft sich nicht nur bei seinen Kameraden, sondern auch bei den Vorgesetzten Respekt. Der Soldatenschilder betreibt sich an einem solchen Soldaten nicht, was für letzteren von großem Werte ist, da er dadurch niemals in die Lage der Notwehr gegenüber seinem Vorgesetzten kommt. Eine Notwehr der Untergebenen gegenüber den Vorgesetzten kennt das Militärstrafgesetzbuch nicht; es heißt vielmehr in den Kriegsartikeln:

„Wer sich einem Vorgesetzten tödlich widersetzt oder einen tödlichen Angriff gegen ihn unternimmt, hat schwere Freiheitsstrafe, unter Umständen Zuchthaus verurteilt.“

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß es Pflicht jedes gewerkschaftlich und politisch geschulten Mannes ist, dafür zu sorgen, daß die Mißhandlungen der sogenannten „Alten Leute“ gegenüber den jüngeren Soldaten aufhören. Jeder organisierte Arbeiter muß sich schämen, wenn er im zweiten Dienstjahre Knechten schlägt und damit ebenfalls in die Fußstapfen der Soldatenschilder tritt. Ob „Alter Mann“ oder Knecht, beide sind unterdrückte Arbeitskräfte, daher: „Auch beim Militär ist Solidarität und Kameradschaftlichkeit“ und: „Meidet den Schnaps!“

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Berlin.** Die Lohnbewegung der Linoleumleger und Teppichnäher. Am Montag, den 28. August, versammelten sich die in Zeilohn beschäftigten Linoleumleger und Teppichnäher, um zu den Antworten der Zwischenmeister entscheidende Stellung zu nehmen.

Vorher Kollege Schulze als Versammlungsleiter auf die stattgefundenen Verhandlungen einging, machte er bekannt, daß es schon heute morgen bei der Firma Sad u. Ogenдорf zur Arbeitseinstellung gekommen ist. Die Herren hatten nämlich auf die Einladung der Lohnkommission zur letzten Verhandlung nur die Erwiderung, daß sie dort „nichts zu tun“ hätten, worauf ihnen von den Kollegen die Antwort wurde, daß dann auch die Kollegen in der Werkstatt „nichts mehr zu tun“ hätten. Die Befehle zum Verrufen kam den Herren aber sehr schnell; denn noch im Laufe des Vormittags fanden auf Veranlassung der Firma Verhandlungen mit dem Verbandsrat, die allerdings zu einem befriedigenden Resultat nicht führten.

Von den Verhandlungen des Nachmittags berichtet Kollege Schulze, daß die Herren F. Bannier, A. Schulz, F. Gebhardt, Sad u. Ogenдорf, L. Schäfer und W. Weisenberger nicht erschienen waren. Mit den erschienenen Zwischenmeistern kam es zu zum Teil sehr erregten Verhandlungen und legte Kollege Schulze das Resultat der Versammlung vor. Die wichtigsten Zustände der Zwischenmeister waren folgende: Die Arbeitszeit wird von 54 auf 60 Stunden herabgesetzt. Der Lohn für perfekte Teppichnäher oder Linoleumleger beträgt 75 Pf. pro Stunde. Für Kollegen, die neu in dieser Branche sind, beträgt der Mindestlohn 60 Pf. pro Stunde. Für Montagen nach außerhalb wird ein Montagelohn von 4 Mk. pro Tag gezahlt und bei Arbeiten mit voller Koffi und Logis eine Landzulage von 1 Mk. pro Tag. Kollegen, welche den Stundenlohn von 75 Pf. oder einen höheren betreiben

haben, behalten den gleichen Wochenverdienst auch bei der verkürzten Arbeitszeit. Nicht bemängelt wurden dagegen unsere Forderungen betreffend die Gewährung von Tagegeltern für Arbeiten im Interesse von Berlin, sowie unsere Urlaubsforderung. In der Diskussion traten die verschiedenen Instanzen über die Zugeständnisse zu, die darauf folgende Abstimmung ergab, insofern die Annahme des Tarifs mit großer Majorität in der vorliegenden Form. Entscheidend für die Annahme war, daß der Tarif, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, doch wesentliche Verbesserungen bringt und in derselben Form auch in allen anderen Verhältnissen, die seine reinen Teppichwerkstätten sind, durchgesetzt werden muß.

Im Anschluß daran kamen die Maßnahmen zur Sprache, die in den Werkstätten zu ergreifen wären, deren Inhaber zu den Verhandlungen nicht erschienen waren. Von den Kollegen der Firmen A. Schulz, F. Gebhardt und L. Schäfer wurde für jede Werkstatt getrennt eine geheime Abstimmung vorgenommen. Diese ergab, daß in allen drei Werkstätten die anwesenden Kollegen einstimmig für Einstellung der Arbeit eintraten. Daraufhin wurden die Mitglieder der Lohnkommission für die betreffenden Werkstätten angewiesen, am Dienstag früh die Arbeitgeber ohne jedes Eingehen auf Verhandlungen nun noch einmal zu fragen, ob sie gewillt sind, den Tarif zu unterschreiben oder nicht, und im Falle der Ablehnung ist sofort die Arbeit einzustellen. Für die Werkstätten Bannier und Weisenberger findet die entscheidende Abstimmung am Dienstag früh statt. Somit war bis auf wenige Betriebe der Friede in den Lohnwerkstätten gewahrt.

Die in Affordlohn beschäftigten Kollegen waren am Mittwoch, den 31. August, im Gewerkschaftshaus zusammengekommen, um auch ihrerseits über Kampf oder Frieden zu entscheiden. Auch hier gab Kollege Schulze den Bericht über die Verhandlungen und zwar dahingehend, daß die seitens des „Verbandes der Linoleumhändler Berlins und der Mark Brandenburg“ in Aussicht gestellte Antwort am Montag früh wie vermutet in Gestalt eines fertig ausgearbeiteten Gegentarifs eingelaufen ist, der in fast allen Punkten uns wesentliche Verbesserungen bot.

Kollege Schulze setzte sich gleich nach Empfang des Schreibens mit dem Vorsitzenden des Gänderverbandes in Verbindung und machte ihm klar, daß er ein solches Monstrum von „Tarif“ gar nicht erit seinen Kollegen vorlegen könne und machte den Herrn gleichzeitig darauf aufmerksam, daß am Mittwoch die entscheidende Versammlung stattfindet und wenn bis dahin keine Einigung erzielt wird, am Donnerstag früh die Arbeit ruht. Daraufhin erklärte sich der Vorstand des Verbandes der Linoleumhändler zu Verhandlungen bereit, welche am Mittwochmittag stattfanden. In mehrstündigen sehr erregten Verhandlungen, die des öfteren nahe daran waren, völlig zu scheitern, gelang es unseren Vertretern, nicht nur die gebotenen Verbesserungen völlig aufzuheben, sondern für die hauptsächlichsten Arbeiten wesentliche Verbesserungen herauszubolen, die, auf den ganzen Tarif verteilt, mit etwa 10 bis 15 Proz. berechnet werden können. Nachdem der Kollege Schulze den so erreichten Tarif mit allen Neben- und Anmerkungen vorgelesen hatte, stellte er denselben zur Diskussion. Wohl wurden in derselben noch verschiedene zum Teil sehr berechtigte Wünsche laut, die nicht in Erfüllung gehen, aber alle Kollegen waren darin einig, daß unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr zu erreichen ist. Die Abstimmung ergab denn auch die einstimmige Annahme des Tarifs. Kollege Schulze kommt darauf noch einmal auf die Organisationsverhältnisse unter den Affordarbeitern zurück und spricht die Erwartung aus, beim Ablauf des Tarifs mit anderen Zahlen rechnen zu können, um den Unternehmern mehr Druck entgegenzusetzen zu können. Es bleibt nunmehr nur noch übrig, über den Ausgang des Lohnkampfes bei den Firmen zu berichten, bei denen die Kollegen zum Streik greifen mußten. Bei der Firma Sad u. Ogenдорf kam am Dienstag eine Einigung zustande, desgleichen bei der Firma Bannier; bei beiden Firmen erzielten die Kollegen eine Lohnerhöhung von 10-20 Pf. pro Stunde. Bei A. Schulz kam es erst gar nicht zu einem richtigen Streik, da Herr Schulz sich am Dienstag früh zur Unterschrift bereit erklärte. Auch bei Weisenberger kam es nicht zum Streik. Dort aber nicht, weil der Tarif bewilligt wurde, sondern Herr Weisenberger hatte seinen Leuten 5-10 Pf. zugelegt und nun waren die Kollegen zu mutlos, mehr herauszufolgen, trotzdem gerade Herr Weisenberger, der ausschließlich für die Firma Hermann Gerson (kaiserl. Königl. Hoflieferant) arbeitet, wohl imstande wäre, denselben Lohn, wie die anderen Zwischenmeister von weniger gut situierten Geschäften, zu zahlen.

Am hartnäckigsten waren die Zwischenmeister Gebhardt und Schäfer; aber auch dort war nach dreibezw. fünfständigen Streik ein voller Erfolg zu verzeichnen. Kollegen! Wir können

aus unserer Bewegung manche Lehre ziehen, aber die wichtigste ist wohl die, daß wir keine Mühen scheuen dürfen, wenn wir beim Ablauf des Tarifs mehr erreichen wollen. Allen wird wohl klar geworden sein, daß unser Heil nicht in Lotterie, Spar- oder sonstigen Vereinen zu suchen ist, sondern einzig in unserer Berufsorganisation. Die Branchenleitung hat ihre Pflicht getan und wird sie auch weiter tun, aber der Erfolg ist nur mit Unterstützung aller Kollegen zu erreichen.

O. T.

**Heterien.** Der Kampf der Schul- und Reiseartikelfabrikanten in Heterien dauert ununterbrochen fort. Alle Einigungsversuche sind gescheitert. Als letztes Mittel wendete sich die Ortsverwaltung an das Gewerbegericht, um dasselbe als Einigungsamt anzurufen. Dieses wurde aber von den Herren Ganer und Böcher rundweg abgelehnt. Somit haben sie den Beweis erbracht, daß sie auf gutlichem Wege keine Einigung wollen. Die organisierten Kollegen sind deshalb entschlossen, den Kampf weiter durchzuführen, bis die Herren gezwungen sind, unsere beschiedenen Forderungen zu bewilligen. Vor Müde, Arbeitswillige zu bekommen, haben sie sich nicht scheut. Indes, sie haben wenig Glück gehabt. Ebenso sind sie, wie Herr Arnade-Moss, auf die Idee verfallen, sich von den Militärbehörden „Willige“ zu beschaffen. Der Erfolg ist aber bis jetzt ausgeblieben. Viele Kollegen Deutschlands haben bereits an eigenen Leibe erfahren, welche Elendstouren ihnen — hier winkt. Die Herren Fabrikanten werden erkennen lernen müssen, daß auch die früher so anspruchsvollen Sattlergesellen andere geworden sind und daß die Solidarität der Arbeiter kein „leeres Wort“ ist! An Galgenhumor fehlt es den Fabrikanten allerdings nicht. Uns wurde zugerufen: „Kocht nur gut auf, morgen kommen 16 Mann!“ Entweder wollen sie uns Streikende aus unserer Ruhe bringen oder sie wollen den Heterier Einwohnern etwas vormachen. Herr Böcher sen. erdreiste sich sogar in letzter Zeit, den Posten mit dem Namen „Faulenker“ zu benennen. Dieses spricht allerdings für sich. Aber wir erlauben uns zu fragen, ob dieser Herr sein wohlgenährtes Vorderbierlein vielleicht durch arbeiten „erringen“ hat — oder? Doch dieses nur nebenbei. Bei näherer Betrachtung konnte man an seinen Augen erkennen, daß er so manch schlaflose Nacht durchgemacht hat. Ob ihm gewisse — Streikende oder die Posten die Ruhe rauben, entzieht sich unserer Kenntnis. Möglich ist aber, daß er am liebsten mehr Streikende vor den Audi bringen möchte. Daß diese Firma einige Arbeitswillige bekommen hat, verdonkt sie nur dem Hamburger Geschäft. Somit auf reallem Wege wären diese Leute nicht gekommen. Wir machen darauf aufmerksam, daß Könnigs Nachfolger nach Hamburg, Weichenbrücke 11, Leute sucht, um sie nach Heterien abzuschieben. Wir warnen die Kollegen, nach dort Arbeit anzunehmen. Da nun bis jetzt die Filialen Deutschlands uns in so reichem Maße mit finanzieller Unterstützung bedacht haben und schließlich auch weiter helfen werden, so können wir getrost in die Zukunft schauen mit dem Ausruf: „Durch Kampf zum Sieg, zum Wohle der Allgemeinheit!“

Die Ortsverwaltung.

**Aus unserem Beruf.**

**Konstanz.** Ein Kapitel vom „fleißigen“ Arbeiter. Wir sehen uns gezwungen, uns mit einem Schädling in unserem Gewerbe ein wenig zu beschäftigen. Bei Gelegenheit des Brandes bei der Firma L. Stromeyer u. Co. mußten sich sämtliche Arbeiter vorchriftsmäßig an den Löscharbeiten beteiligen. Für diese Nacharbeit erhielten die Arbeiter in lobenswerter Weise 2 Mk. vergütet, solche, die in den verschiedenen Lokalen Nachwache hielten, zirks 6 Mk. Bei der Nachwache in der Abteilung für Zelte befand sich nun auch unter anderen ein Sattler, welcher sich durch seinen Affordungen von jeher auszeichnete. Derselbe konnte es vor Hunger gar nicht mehr aushalten und so setzte er sich denn auf seine Bank, um beim traulichen Laternenschein — zu schlafen! Als am anderen Morgen die anderen Arbeiter kamen, da sah der gute Mann (Waffi heißt er) noch an seinem Plaze und zog seinen Faden, daß man glauben konnte, der nächste Schnellzug warie auf die Arbeit. Und dies bei flauem Geschäftsgang, während andere Kollegen unter tags im Zeilohn arbeiten mußten, da nicht genügend Arbeit vorhanden war. Diese edle Seele hat sich einem gewissen Meister unentgeltlich zu machen gewußt, dafür sorgt dieser in väterlicher Weise, daß der Betreffende immer gute Affordarbeit bekommt. Gewöhnlich wird dieser traurige „Auch“ kollege mittels „drabthoser Telegraphie“ vorher verständigt und dieser weiß es dann schon einzurichten, daß ja kein anderer Kollege die Arbeit bekommt.

Daß diese Arbeitseinstellung nicht gerecht ist, ist klar, um so mehr, wenn andere Kollegen Dedn finden und mit ein paar Mark Samstags nach Hause

müssen. Der Stundenlohn ist ja bekanntlich ein-  
schonade Seite" der Anna Stromeyer u. Co.

Das solche „Nach" folgen von einer Organisa-  
tion nichts wissen wollen, ist selbstverständlich. Unter  
organisierten Kollegen würde man ein solch  
schmutziges Gebaren bald ausgemerzt haben — doch  
die Zeit wird noch manches bringen. Hoffen wir,  
daß jeder noch seinen wohlverdienten Lohn erhält.

**Berichtigung.** In der Notiz „Eine Treibriemenausschüttung" in voriger Nummer hat  
der Druckfehler den Sonntag der Eröffnung  
auf den 4. Oktober verlegt. Es muß natürlich  
heißten: **Sonntag, den 9. Oktober.** T. H.

**Korrespondenzen.**

**Striegau.** (E. 15. 9.) Am 5. September tagte  
unser Mitgliederversammlung im Verein des Gau-  
leiters Kollegen Partsch. Dieselbe war sehr gut be-  
sucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines  
Vorstandes, 2. Verschiedenes. Durch die Abreise  
des früheren Vorsitzenden machte sich die Wahl eines  
neuen notwendig. Mit großer Majorität wurde der  
bisherige 2. Vorsitzende als solcher gewählt. Kollege  
Partsch gab demselben verschiedene praktische Rat-  
schläge mit auf den Weg und forderte die anderen  
Kollegen auf, mit dem Vorsitzenden mehr als bisher  
Hand in Hand zu gehen. Zu Punkt 2 führte Kollege  
Partsch unter anderem aus, in der Werkstatt jede  
Agitation zu unterlassen. Im Weiteren gab er der  
Versammlung Ausdruck, daß sich auch unsere Zahlstelle  
heben wird und muß, wenn jeder Kollege seine  
Pflicht und Schuldsigkeit tut. Außerdem wurden  
zwei Mitglieder aufgenommen.

**Gutheim.** (E. 16. 9.) Eine Versammlungs-  
müdigkeit macht sich unter unseren Kollegen in  
Rechenheim recht unangenehm bemerkbar. Eine Mit-  
gliederversammlung am Montag, den 12. September,  
ließ in der Tat nicht nur viel, sondern alles zu wün-  
schen übrig. Dabei war die Tagesordnung ungewein-  
reichhaltig und äußerst wichtig. Andere Angelegen-  
heiten sind unseren dortigen Kollegen aber entschei-  
dend wichtiger. Kollegen, das kann und darf nicht bei  
uns einreichen, daß durch Gleichgültigkeit unsere wich-  
tigsten Interessen vernachlässigt werden.

Besser war die Versammlung in Wichowis-  
heim besucht. Hier sprach Kollege Schulz am Dien-  
stag, den 13. September, über: „Unsere nächst-  
jährige Tarifbewegung" und: „Unsere  
nächsten Forderungen". Medner plädiert in  
seinen Ausführungen für einen einheitlichen Tarif-  
vertrag im Industriegebiet Offenbach, einen einheit-  
lichen Allflohntarif, der für alle Branchen geson-  
dert ausgearbeitet werden müsse, Regelung der  
Lehrlingsfrage, sowie eine durchgreifende  
Einschränkung der Heimarbeit. Einbegriffen in die  
Tarifbestimmungen müssen vor allem die Hilfs- und  
Zwischenmeisterbetriebe werden. In der Diskussion  
sprachen sich alle Kollegen in demselben Sinne aus.  
Bedauert wurde, daß unsere Mitglieder die Heim-  
arbeit dadurch selbst ausbreiten, daß sie zwei oder  
drei zusammen sich in Offenbach ein Lokal mieten  
und gemeinsam draußlos arbeiten. Die nächste Ver-  
sammlung soll sich mit der Tariffrage noch eingehend  
befassen. Weiter wurde über die Berufshaltigkeit so-  
wie über die von der Gauleitung veranstalteten  
monatlichen statistischen Fragebogen gesprochen und  
den Kollegen der Wert und die Notwendigkeit dieser  
Statistiken vor Augen geführt. Es sieht zu er-  
warten, daß hier die Kollegen in Zukunft mehr  
Interesse an solchen Dingen zeigen und die Zettel  
richtig ausfüllen.

**Rundschau.**

Der sozialdemokratische Parteitag ist am Sonn-  
tag in Magdeburg zusammengetreten. Die Zahl der  
Delegierten dürfte gegen 400 betragen. Eine Be-  
schreibung wie sie seit Halle im Jahre 1890 nicht  
wieder zu bezeichnen war. Die vorstehenden all-  
gemeinen Reichstagswahlen, die Wahlparole des  
Deutschen Kaisers und die Kronprinzenrede, und  
vor allem die Budgetfrage in Baden, werden vor-  
ausichtlich zu lebhaften Meinungsäußerungen  
führen. Auch die Wahlrechtsfrage in Preußen dürfte  
durch die Behandlung auf dem allgemeinen Partee-  
tage eine kräftige Förderung erfahren. Von den  
übrigen Punkten der Tagesordnung sind noch von  
besonderer Wichtigkeit für uns: Die Kaiserfeier, die  
Genossenschaftsfrage und die Reichsverfängerord-  
nung. Man sieht also aus der Tagesordnung, daß  
genügend Stoff vorhanden ist, mit dessen Behand-  
lung man die Zeit sehr gut ausfüllen kann, ohne  
daß jemand gezwungen wäre, nebenfächlicher Dinge  
wegen nur Abschiedungen halten zu müssen. Wir  
werden über den Verlauf der Tagung berichten.

Frankfurt-Lebus hat noch nicht ganz er-  
füllt, was man von dem Kreise bei der Reichstags-  
nachwahl erwarten hatte. Allerdings fehlten nach den  
neuesten Zahlen nur 16 Stimmen, und der  
sozialdemokratische Kandidat wäre gleich beim ersten

Wahlengange als Sieger durchs Ziel gegangen. So  
muß um dieser fehlenden 16 willen noch einmal der  
gesamte Apparat in Bewegung gesetzt werden.  
Vorliegend bringt uns die Stichwahl am Montag, den  
20. den erhofften Erfolg und damit den „Zweihun-  
drtzigstigen!"

Die Anknappstältestenwahlen im Ruhrrevier  
haben mit einem großen Erfolge des freien,  
sogenannten Alten Bergarbeiterverbandes, abge-  
schlossen. Nach einem Telegramm liegen jetzt die  
Resultate aus sämtlichen Sprengeln vor. Danach  
sind gemählt: 290 Altbewerber, 82 christliche Ge-  
werksvereiner, 29 Galen und 7 Zechenparteiener. Im  
Vergleich zur Wahl im Jahre 1901 hat der Alte Berg-  
arbeiterverband 65 Mandate gewonnen, der christ-  
liche Gewerksverein 30 Mandate verloren. Von den  
180 853 abgegebenen Stimmen entfielen auf den  
Alten Bergarbeiterverband 97 779, auf den christ-  
lichen Gewerksverein 53 018, auf die polnische Berufs-  
vereinigung 22 238, auf die Zechenpartei 3 380 und  
auf die Ditsch-Länder-Partei 2 438 Stimmen. Eine  
wirklich ehrlich verdiente Niederlage der „Christen"  
und ihrer Helfershelfer stellt diese Wahl dar. Ein  
Lautruf für den planmäßig betriebenen Arbeiter-  
verrat. Auf der Eröffnungssitzung des sozialdemo-  
kratischen Parteeitages in Magdeburg rief die Ver-  
lesung der Wahlergebnisse durch den Bergarbeiter-  
führer, Reichstagsabgeordneter Sachs, begeisterte  
wieweig politische Verhältnisse hervor.

**Eine Ausdehnung der Wertarbeiterausperrung?**  
Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher  
Metallindustrieller beruht zu Donnerstag, den  
22. d. M. eine Sitzung nach Berlin ein, um zu der  
Ausperrung der Wertarbeiter Stellung zu nehmen.  
Sollten die Metallindustriellen beabsichtigen, den  
Schiffswerten durch eine größere Ausperrung zu  
Hilfe zu eilen, so würde dadurch also die Ausperr-  
ung nicht mehr auf die Hafenstädte beschränkt  
bleiben, sondern sich auch auf das Binnenland er-  
strecken. Die Gefahr einer sehr großen Ausperrung  
ist somit nicht unwahrscheinlich.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Der Beitrag für die Verwaltungsstelle  
Vodum und Freiberg beträgt gemäß ihrem An-  
trage pro Woche 55 Pf.

Die Ortsverwaltungen, insbesondere die  
Funktionäre, denen die Anzahlung der Reise-  
unterstützung obliegt, werden darauf aufmerk-  
sam gemacht, daß:

- 1. Kontrollkarten für Reisende nur solchen  
Mitgliedern ausgestellt werden dürfen, die die  
gezielte Invalidentkarte vorlegen können.
- 2. Der Tag der Abmeldung gilt nicht als  
Unterstützungstag, sondern erst der darauf-  
folgende Arbeitstag.
- 3. Unterstützung darf nur für die Tage  
ausgezahlt werden, die der Reisende seit der  
letzten Abmeldung oder Unterstützung unter-  
wegs ist, aber nicht mehr, als das Streckenver-  
zeichnis vorsieht. Reist also ein Mitglied von  
Stettin nach Danzig und hat es diese Tour in  
5 Tagen zurückgelegt, so erhält es nicht 10 Mk.,  
wie der Tarif vorgeschreibt, sondern nur 5 Mk.  
Die Kollegenchaft wird gebeten, diese An-  
weisungen strikte zu beachten.

**Zur Beachtung für Militärpflichtige!**

Die zum Militär eintretenden  
Mitglieder machen wir hiermit auf die recht-  
zeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwal-  
tungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden  
durch die Ortsleiter nach erfolgter Abmeldung  
und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und  
an die Hauptverwaltung eingesandt.

Die vom Militär entlassenen Mit-  
glieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach  
ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen an-  
melden.

Mitglieder, welche den laut Statut vor-  
geschriebenen Meldungen nicht nachkommen,  
gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig.  
Während der Dienzeit ruhen die Beitrags-  
pflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Den heutigen Zeitungsendungen liegen  
für die Verwaltungsstellen eine Anzahl Karten  
bei, welche an die Mitglieder zu verteilen sind.  
Obwohl die Anschrift der Karten den Zweck  
derselben genügend kennzeichnet, werden wir in

der nächsten Nummer der Zeitung noch ausführ-  
lich auf die statistische Erhebung in unserem  
Berufe zurückkommen und nähere Anweisungen  
erteilen.  
Der Vorstand.

**Bücherschau.**

Zum Parteitag in Magdeburg präsentiert sich  
die „Kommunale Praxis" — Verlag Buchhandlung  
Vorwärts, Berlin SW 68 — als Doppeltamner mit  
besonders ausgewähltem Inhalt. Unter der Ge-  
samtitelüberschrift: **Landesgesetzgebung und Gemeinden**  
werden die entsprechenden Verhältnisse in den ver-  
schiedenen Bundesstaaten geschildert. Wir erwähnen  
folgende Länder: Preußen — Sachsen — Groß-  
herzogtum Hessen — Baden — Sachsen-Weimar —  
Sachsen-Altenburg — Sachsen-Meiningen — Olden-  
burg — Lippe — Anhalt-Desau — Mecklenburg —  
Samburg — Lübeck — Elsaß-Lothringen.

**Der rote Jason.** Dieser Roman von Dall Gaine,  
der gegenwärtig in der Wochenschrift „In Freien  
Stunden" zum Abdruck gelangt, findet bei dem aus-  
gedehnten Leserkreis weitgehendes Interesse.

Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhand-  
lung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**Karstenänderungen.**

**Nietefeld.** Der K. M. Höder wohnt vom 20. Sep-  
tember ab Kurzstr. 40, parll.

**Hau-Kürnberg.** Der Gauleiter Hans Böhmer  
wohnt vom 26. September ab Petersstr. 1 IV,  
Düsseldorf. B. Cuo Schwarze, Friedrich-  
straße 146 II.

**Tarifkommission der Treibriemenbranche.** Eb-  
mann Ernst Brandt, Berlin S.O. 36, Reichenberger  
Straße 101, v. 4 Tr.

**Sterbetafel.**

Kürnberg. Frau Marie Wolf im Alter  
von 25 Jahren an Lungenleiden.  
Ehre ihrem Andenken!

**Verammlungskalender.**

**Bausen.** Sonnabend, den 1. Oktober, abends  
8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant  
„Stadt Jittau".

**Stuttgart.** Samstag, den 1. Oktober, abends  
8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ehlinger Straße,  
Mitgliederversammlung.

**Düsseldorf.** Dienstag, den 27. September,  
abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Volks-  
haus mit Vortrag.

**Mannheim.** Samstag, den 1. Oktober, Mit-  
gliederversammlung.

**Anzeigen.**

**Ortsverwaltung Berlin.**

Sonnabend, den 8. Oktober 1910:

**21. Stiftungs-Fest**

des Verbandes der Sattler und Portefeuller  
in Louis Kellers Festhölle (Zuh. Freyer),  
Koppenstraße 29.

**Heiterer Abend.**

Mitwirkende:

- Fritz Richard, Vortragmeister (Deutsches Theat.)
- Wag. Gräfin, Konzertfängerin
- Fried. Wismann, Klavier
- Peter Wismann, Konzertmeister (Violine)
- Andolph Wismann, (Violoncello)
- Konzertflügel (Zbad).

Nach dem Konzert: **Großer Ball.**  
Herren zahlen 50 Pf. nach.

Eröffnung 8 Uhr. Anfang präz. 9 Uhr.  
Billetts 40 Pf.

Billetts sind im Bureau sowie bei den Werk-  
stattvertrauensleuten zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet

**Das Komitee.**